

16. Beiblatt.

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

4. Dezember 1948.

63/JA n f r a g e

der Abgeordneten E i b o g g e r, H a c k e n b e r g und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend das aufreizende Verhalten des Bezirkshauptmanns und des Gendarmerie-Abteilungskommandanten von Judenburg sowie die provozierende Schreibweise der "Murtaler Volkszeitung."

Die gefortigten Abgeordneten sehen sich veranlasst, dem Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehend näher bezeichneten Vorkommnisse im Verwaltungsbezirk Judenburg, über die die republikanische demokratische Bevölkerung äusserst ungehalten ist, zur Kenntnis zu bringen:

1.) Anlässlich der im November d. J. erfolgten Beerdigung des Herrn

Felix Schwarzenberg, Grossgrundbesitzer in Gasterheim b. Pöls, Bezirk Judenburg, haben u. a. der Bezirkshauptmann von Judenburg, Oberregierungsrat Dr. Harmer, und der Gendarmerie-Abteilungskommandant von Judenburg, Gendarmerie-Rittmeister Rudolf Hofer und eine 8 Mann starke Abordnung der Gendarmerie-Abteilung o f f i z i e l l als Vertreter der Bezirkshauptmannschaft und der Gendarmerie teilgenommen. Das Leichenbegängnis war als des "Felix Prinz zu Schwarzenberg" angekündigt.

Nachdem der erwähnte Verstorbene keinerlei öffentliche Mandate innehatte und sich um die Republik Österreich auch keinerlei Verdienste erworben hat, sondern immer als Monarchist gegolten hat, ist klar, dass die offizielle Teilnahme des Bezirkshauptmanns und des Gendarmerie-Abteilungskommandanten mit den von ihm befohlenen weiteren 8 Gendarmeriebeamten als Demonstration für den "Adel" und für den Monarchismus gedacht war und als solche auch allgemein aufgefasst worden ist. Felix Schwarzenberg wurde ohne besonderen Anlass und wohl nur zum Zwecke der Auszeichnung des Adels im Jahre 1937 von den Gemeinden Pöls, Oberkurzheim und Pusterwald zum Ehrenbürger ernannt. Der Bezirkshauptmann Dr. Harmer veranlasste auch die Gemeindevertretungen der genannten Gemeinden, am Leichenbegängnis teilzunehmen. Auf die Tatsache, dass hohe Beamte der Republik nicht berechtigt sind, in solcher pflichtvergessener Weise ihre gegen die Grundsätze der demokratischen Republik gerichtete Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, braucht wohl nicht erst besonders hingewiesen zu werden. Der Bezirkshauptmann und der Gendarmerie-Abteilungskommandant brachten der Bevölkerung in unverhohlener Weise zur Kenntnis, dass für sie weder die republikanische Verfassung noch das Verfassungsgesetz über die Abschaffung des Adels massgebend sind. Sie hielten sich vielmehr für berechtigt, in aller Öffentlichkeit und unter Herausforderung derselben eine kleine Schichte der Bevölkerung, nämlich die Angehörigen

1. Blatt. Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 4. Dezember 1946.

des ehemaligen Adels, unter Missbrauch ihrer Amtsstellung bevorzugt zu behandeln.

2) Nicht genug mit dieser Demonstration hoher Beamter gegen die Republik ist dieses pflichtwidrige Verhalten der Genannten in der Nummer 48 der "Murtaler Volkszeitung" vom 30. November 1946 auf Seite 3 redaktionell und auf Seite 6 inseratenmässig in provozierender Weise beschrieben worden.

3) Der Bezirkshauptmann Dr. Harmer ist Hauptgesellschafter des Vorlages "Murtaler Volkszeitung". Die Gestaltung dieser Zeitung wird von ihm wesentlich beeinflusst. Der genannte Bezirkshauptmann wagte es sogar, bis zum 23. März 1946 als verantwortlicher Redakteur dieser Zeitung zu zeichnen. Hierbei wurde bis 16. Februar 1946 der Vorlag im Kopf-teil der Zeitung als "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" bezeichnet, ohne jemals eine solche gewesen zu sein. Die Zeichnung als verantwortlicher Redakteur hat der Bezirkshauptmann Dr. Harmer erst eingestellt und die gesetzwidrige Bezeichnung des Vorlages als "G.m.b.H." erst weggelassen, als er auf diese Ungehörigkeiten von dritter Seite mehrmals aufmerksam gemacht worden war.

Bei diesem Gesellschaftsverhältnis kann wohl als einwandfrei angesehen werden, dass der Bezirkshauptmann Dr. Harmer auch für die Übertretungen gegen das Gesetz vom 3. April 1919, St.G.Bl.Nr. 211, mit — wenn nicht gar hauptverantwortlich ist. Die Bevölkerung ist über die oben geschilderten Vorkommnisse

äußerst ungehalten und empfindet dieses provozierende Verhalten der genannten Beamten sowie der bezeichneten Zeitung als eine böswillige Herausforderung der staatstreuen demokratischen Republikaner.

Die Unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie, Herr Bundesminister, bereit,

1) in der geschilderten Angelegenheit rasch eine Untersuchung durchzuführen und festgestellte Verstöße entsprechend zu ahnden;

2) in geeigneter Weise dafür zu sorgen, dass solche provozierende Handlungen von Behörden und Behörden-Vertretern in Zukunft unterbleiben und

3) die in dieser Sache getroffenen Massnahmen den unterfertigten Abgeordneten rasch-möglichst bekanntzugeben?

— . - . - . —